

Pressekonferenz am 17. Mai 2023 zur Vorstellung des Verfassungsschutz- berichtes für das Jahr 2022

Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Frau Dr. Sütterlin-Waack

Überblick.....	1
Rechtsextremistische Bestrebungen.....	1
Islamismus und islamistischer Terrorismus.....	2
Linksextremistische Bestrebungen	5
Extremismus mit Auslandsbezug	7
Reichsbürger und Selbstverwalter	8
Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates	9
Politisch motivierte Kriminalität (PMK)	10

Überblick

Rechtsextremistische Bestrebungen

Im Berichtsjahr erhöhte sich das rechtsextremistische Personenpotenzial um rund 1,7 Prozent. Damit zählten 1220 Personen (2021: 1200) zur rechtsextremistischen Szene in Schleswig-Holstein. Die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten blieb konstant bei 350 (2021: 350).

Der Anstieg vollzog sich hauptsächlich in den Kategorien der parteiunabhängigen beziehungsweise parteiungebundenen Strukturen sowie beim weitgehend unstrukturierter rechtsextremistischer Personenpotenzial. Er war auf Personen zurückzuführen, die entweder über das Internet oder durch persönliche Kontakte Zugang in die Szene fanden.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD näherte sich im Berichtsjahr weiter dem Zustand der politischen Bedeutungslosigkeit. Der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein unter Vorsitz des Neumünsteraner Ratsherrn Mark Proch war in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar.

Zur Kommunalwahl am 14. Mai 2023 hat die NPD in Neumünster nach eigenen Angaben ein Programm unter dem Namen „Wählergemeinschaft Heimat Neumünster“ (WHN) erstellt. Durch das Ablegen des allgemein negativ konnotierten Namens „NPD“ erhofft sie sich offensichtlich größere Erfolgchancen.

Mit dieser Strohmännchen-Taktik organisierten NPD-Funktionäre bereits am 22. Oktober und am 19. November zwei Demonstrationen in Neumünster zum Thema Energiekrise. Die Veranstaltungen wurden dabei nicht von der NPD als Partei, sondern von einer Privatperson angemeldet, die aber eine namhafte NPD-Funktionärin ist. Diese sollte den Veranstaltungen ein bürgerliches Aussehen geben.

Parteiunabhängige beziehungsweise parteiungebundene Strukturen

Zu den parteiunabhängigen beziehungsweise parteiungebundenen Strukturen innerhalb rechtsextremistischer Personenzusammenschlüsse gehört die neonazistische Szene. Sie war im Berichtsjahr nicht in der Lage, das im Berichtsjahr bestimmende politische Geschehen mit eigenen Positionen öffentlich wahrnehmbar zu begleiten, zu instrumentalisieren oder gar zu beherrschen. Die neonazistische Szene war nur

bedingt zu Demonstrationen in Schleswig-Holstein zu mobilisieren. Stattdessen hielt sie an ihrer etablierten Tradition aus anlassbezogenen Ritualen wie dem sogenannten Heldengedenken, ihren regelmäßigen Treffen und Feiern fest.

Identitäre Bewegung (IB)

Die IB ist besonders für Jugendliche und junge Erwachsene Türöffner in das Spektrum der Neuen Rechten. Dazu greift sie im Regelfall ein aktuelles politisches Thema auf und kombiniert es mit identitären Positionen. Unverändert bleiben ihre ideologischen Fundamente Ethnopluralismus und Metapolitik.

Nach einem sprunghaften Anstieg der Aktivitäten der Identitären Bewegung Schleswig-Holstein (IBSH) im Vorjahr, hat die IBSH auch im Berichtsjahr wieder über eigene Propagandaaktivitäten berichtet. Schwerpunkt hierbei war der Großraum Kiel.

Zu Jahresbeginn fingen Gruppierungen der Identitären Bewegung damit an, ihre rechtsextremistischen Aktivitäten unter anderen Namen in sozialen Netzwerken zu verbreiten. Diese Vorgehensweise bettet sich in grundlegende strategische Überlegungen ein, immer häufiger anonym aufzutreten, um das Risiko einer Strafverfolgung oder Outings durch den politischen Gegner zu vermindern.

Diese „digitale Maskierung“ wurde auch von der schleswig-holsteinischen Regionalgruppe übernommen; diese trat gemeinsam mit der Gruppe aus Hamburg unter der Bezeichnung „Nordfeuer“ in Erscheinung. Zudem ist die IBSH nachhaltig darum bemüht, Kontakte in das studentische Milieu zu knüpfen.

Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial

In die Kategorie des weitgehend unstrukturierten rechtsextremistischen Personenpotenzials gehört die subkulturell geprägte Szene. Aus dieser Szene werden traditionell Musikveranstaltungen organisiert. Weitere politische Aktivitäten reduzieren sich auf die bloße Teilnahme Einzelner an Demonstrationen. In Einzelfällen sind subkulturell geprägte Rechtsextremisten auch in festen Organisationsstrukturen anzutreffen. Dazu gehören beispielsweise die Hammerskins – eine neonazistische Kaderorganisation –, die in Schleswig-Holstein jedoch kein eigenes „Chapter“ haben.

Die weitgehend unstrukturierte Szene ist allerdings sehr gut über das Internet vernetzt und stellt weiterhin den größten Anteil in der Kategorie der gewaltorientierten Rechtsextremisten.

Islamismus und islamistischer Terrorismus

Die Festnahme von zwei Brüdern iranischer Herkunft im Januar 2023 in Castrop-Rauxel (NRW), die mutmaßlich ein islamistisch motiviertes Giftattentat geplant hatten, zeigt ganz aktuell, dass die abstrakte terroristische Gefährdungslage im Bereich des Islamismus in Deutschland nach wie vor konstant hoch ist. Im Berichtsjahr selbst kam in Deutschland zwar kein islamistischer Anschlag zur Umsetzung, allerdings erfolgten drei teilweise tödliche Angriffe auf europäischem Boden – in Frankreich, Norwegen und Belgien – die mutmaßlich islamistisch motiviert waren. Festzuhalten ist bei diesen aktuellen sowie bei den Anschlägen aus jüngster Vergangenheit, dass die überwiegend jungen männlichen Tatverdächtigen bzw. Täter in der Regel keine direkte Anbindung an eine Terrororganisation hatten, kaum über ideologisch fundierte

Kenntnisse verfügten und zudem teilweise auch psychische Auffälligkeiten aufwiesen.

Trotzdem spielen nach wie vor für die Inspiration und Anstiftung zu solchen terroristischen Attentaten der sogenannte Islamische Staat (IS) und al-Qaida als führende international agierende Terrororganisationen eine wesentliche Rolle. Ihre jihadistische Propaganda, die oft mit Aufrufen zur Tötung von vermeintlich „Ungläubigen“ weltweit unter Verwendung einfachster Tatmittel einhergeht, wurde auch im Berichtsjahr kontinuierlich über Soziale Medien verbreitet. Vor allem radikalisierte Personengruppen des islamistischen Spektrums, wie z. B. auch getarnt eingereiste Jihadistinnen und Jihadisten, Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Jihadgebieten, in Deutschland sozialisierte und radikalisierte „homegrown terrorists“ sowie islamistische Straftäterinnen und Straftäter nach ihrer Entlassung sind dabei besonders empfänglich für solche ideologischen Botschaften.

Das Personenpotenzial im Bereich des Islamismus liegt mit Ablauf des Berichtszeitraumes in Schleswig-Holstein bei 868 Personen und stagniert somit auf einem hohen Niveau (2021: 866 Personen). Im Vergleich zum vorigen Berichtsjahr gab es hinsichtlich der Salafistischen Bestrebungen in diesem Potenzial keine Änderung, so dass weiterhin von 750 Salafistinnen und Salafisten ausgegangen werden kann.

Aktivitäten des islamistischen Spektrums

Der Wegfall der meisten pandemiebedingten Einschränkungen im Verlauf des Berichtsjahres führte im islamistischen Spektrum in Schleswig-Holstein auch zu einer deutlich wahrnehmbaren Erhöhung realweltlicher Aktivitäten der einzelnen Moscheevereine und einschlägigen Gruppierungen. Festzustellen war im Bereich des Salafismus vor allem eine Zunahme an Reisepredigern aus dem Bundesgebiet oder auch aus dem Ausland, die entsprechende Moscheevereine in Schleswig-Holstein besuchten, um Freitagspredigten, Festtagsgebete oder religiöse Seminare abzuhalten. Ebenso wurden die im letzten Berichtsjahr bereits feststellbaren Kooperationsbestrebungen schleswig-holsteinischer salafistischer Vereine untereinander weiter ausgebaut, so dass es inzwischen auch zu gegenseitigen Besuchen der Imame während der Freitagspredigten gekommen ist.

Generell bleibt der Salafismus die anhängerstärkste islamistische Strömung in Deutschland, deren Ideologie nach wie vor eine ungebrochene Anziehungskraft aufweist – vor allem bei jungen Erwachsenen und Konvertitinnen bzw. Konvertiten. In diesem Zusammenhang konnte in Schleswig-Holstein beispielsweise auch festgestellt werden, dass sich zum einen ein zuvor neu gegründeter salafistisch beeinflusster Verein im Berichtsjahr vollumfänglich etablieren konnte und sich öffentlichkeitswirksam vermeintlich vor allem karikativen Aktivitäten und Integrationsprojekten widmete. Primäres Ziel solcher medienwirksamen Aktionen von islamistischen Akteurinnen und Akteuren ist zumeist, Aufmerksamkeit zu generieren und dadurch Akzeptanz für die eigene Gruppierung zu schaffen sowie diese zu bewerben.

Zum anderen sind für den Berichtszeitraum 3 Islamseminare mit bundesweit bzw. international bekannten salafistischen Predigern hervorzuheben, die von schleswig-holsteinischen Protagonisten organisiert wurden bzw. an denen diese selbst als Redner teilnahmen. Eine dieser Veranstaltungen fand im Format eines Online-Seminars mit hoher Reichweite statt, was zudem zeigt, dass in der salafistischen Szene die Missionierungsarbeit (da'wa) im Internet und den Sozialen Medien weiterhin eine

große Rolle spielt. Diesbezüglich war zudem zu beobachten, dass mindestens ein junger Aktivist aus dem salafistischen Spektrum in Schleswig-Holstein sich als eine Art religiöser Influencer in Szene setzte und versuchte, einen überwiegend jungen Adressatenkreis durch seine Videos und Online-Vorträge zu erreichen und in der salafistischen Ideologie zu unterweisen.

Neben den Entwicklungen im Salafismus entfielen im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein auch auf das Spektrum des sonstigen Islamismus einige verfassungsschutzrelevante Sachverhalte. So konnte beispielsweise eine neue Anlaufstelle identifiziert werden, die sich nach bisherigen Erkenntnissen der in den Bereich des legalistischen Islamismus fallenden Tablighi Jama'at (TJ) zuordnen lässt. Darüber hinaus kam es im schiitischen Extremismus im Zusammenhang mit einem Demonstrationsgeschehen in Flensburg zu einem antiisraelischen Vorfall mit antisemitischen Hintergrund, bei dem ein Gegendemonstrant die Flagge eines extremistischen Dachverbandes irakisch-schiitischer Milizen zeigte und dabei den Staat Israel in verunglimpfender Weise ablehnte.

Beeinflussung der islamistischen Szene durch den Ukraine-Konflikt

Obleich der weiterhin andauernde Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine im Berichtszeitraum eines der vorherrschenden Themen in Politik und Medien in Deutschland war, konnte im islamistischen Spektrum in Schleswig-Holstein diesbezüglich keine tiefergehende oder ideologisch behaftete Auseinandersetzung festgestellt werden. Im internationalen Kontext erfolgte vor allem in den ersten Wochen der Kriegshandlungen auch im deutschsprachigen islamistischen Spektrum eine Thematisierung des Konfliktes mit mehreren Schwerpunkten. Der IS als jihadistische Organisation brachte beispielsweise seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Krieg möglichst lange andauere und sich die beiden „ungläubigen“ Konfliktparteien gegenseitig vernichteten.

Im Salafismus wurde der Fokus indessen auf den Nationalismus als wesentliche Ursache für den Krieg gelegt und im Umkehrschluss verstärkt dafür geworben, sich als eine weltweite Umma (Gemeinschaft) auf Basis des muslimischen Glaubens darzustellen. Während in der schiitisch-extremistischen Szene ausschließlich pro-russische Narrative verbreitet und der Grund des Krieges im US-amerikanischen Imperialismus verortet wurde, erfolgte durch einige (vor allem legalistische) Gruppierungen der generelle Vorwurf einer „Doppelmoral“ seitens Deutschlands. Demnach schenke die Bundesrepublik diesem Konflikt mehr Aufmerksamkeit als den Kriegen in islamischen Ländern und zeige gegenüber den ukrainischen Geflüchteten mehr Hilfsbereitschaft als gegenüber muslimischen.

Neben dieser Online-Propaganda konnten in Schleswig-Holstein ebenfalls lediglich zu Beginn des Ukraine-Konfliktes realweltliche Aktionen festgestellt werden – kongruent zu ähnlichen Hilfsangeboten nicht-extremistischer Organisationen und Personenkreise in Deutschland. So wurden beispielsweise in einem salafistisch beeinflussten Verein sowie von Einzelpersonen anderer islamistischer Gruppierungen vereinzelt Unterstützungsaktionen für muslimische Ukrainerinnen und Ukrainer sowohl vor Ort als auch für nach Schleswig-Holstein Geflüchtete initiiert.

Linksextremistische Bestrebungen

Der linksextremistischen Szene in Schleswig-Holstein gehörten im Berichtsjahr 735 (2021: 735) Personen an. Das gewaltorientierte Personenpotenzial lag unverändert bei 340. Das Gesamtpersonenpotenzial hat sich damit erstmals seit dem Jahr 2019 nicht erhöht. Ursächlich hierfür ist insbesondere der zumindest kurzfristig stagnierte Mitgliederzuwachs der Roten Hilfe (RH). Dessen ungeachtet ist ihre bundesweite Bedeutung als wichtiger Stabilitätsfaktor weiterhin auch in Schleswig-Holstein zu beobachten. Sowohl im dogmatischen als auch im undogmatischen Spektrum gab es keine signifikanten Änderungen im Personenpotenzial.

Im dogmatischen Linksextremismus konnte nach vielen Jahren erstmals kein Mitgliederverlust festgestellt werden. Diese Stagnation bedeutet jedoch keine Trendwende insbesondere im parteigebundenen dogmatischen Linksextremismus. Hier bleibt die Grundproblematik bestehen, dass dogmatische Linksextremistinnen und Linksextremisten selten eigeninitiativ aktiv werden, sondern sich überwiegend an Bündnisdemonstrationen des linksextremistischen und des bürgerlichen Spektrums beteiligen. Sie sind weiterhin nicht in der Lage, sich mit ihren politischen Positionen und Zielen derart im bürgerlichen Spektrum zu etablieren, dass sie eine Alternative zum demokratischen Parteienspektrum darstellen können. Im Berichtsjahr stand insbesondere die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wegen ihrer russlandfreundlichen Positionen nach Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine selbst im linksextremistischen Spektrum isoliert da. Das dogmatische Spektrum war seit dem Beginn des Ukraine-Krieges deutlich aktiver und öffentlich wahrnehmbarer als in den Vorjahren.

Die aktionsorientierte undogmatische Szene konnte in der Gesamtbetrachtung im Berichtsjahr neben der üblichen Fluktuation innerhalb der Gruppierungen trotz ihrer Betätigung in aktuellen Themen wie „Heißer Herbst“ oder der Beteiligung an der Klimabewegung kaum neue Mitglieder für ihre Ziele, auch nicht temporär, gewinnen. Grundsätzlich besitzt die undogmatische im Vergleich zur dogmatischen Szene jedoch das Potenzial, zumindest anlassbezogenen Personen für ihre Ziele vereinnahmen zu können. Aufgrund der aktionsorientierten Vorgehensweise erfolgte die Wahrnehmung der linksextremistischen Szene in der Öffentlichkeit weitgehend über die Aktivitäten des undogmatischen Spektrums.

Auswirkungen der andauernden Coronapandemie auf die linksextremistische Szene

Das dritte Pandemiejahr hatte spektrenübergreifend weit weniger Auswirkungen auf die linksextremistische Szene als die beiden Vorjahre. Die Intensität der öffentlichen Aktivitäten war in den ersten Monaten des Berichtsjahres in Korrelation zu den geltenden Regeln und bestehenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zwar auf einem eher niedrigen Niveau, jedoch jederzeit deutlich wahrnehmbar. Die Aktivitäten beschränkten sich zu Jahresbeginn auf Proteste gegen Veranstaltungen und Demonstrationen der sogenannten Coronaleugner-Szene. Derartige Gegenproteste waren landesweit, aber insbesondere in Kiel, Lübeck und Flensburg zu verzeichnen. Linksextremistinnen und Linksextremisten nahmen wiederholt eine beobachtende und aufklärende Rolle im Rahmen der Gegenproteste ein. So konnten in diesem Zusammenhang intensive Recherchetätigkeiten mit anschließenden Outings einzelner Querdenkerinnen und Querdenker sowie Sachbeschädigungen an deren Eigentum

und Körperverletzungen, auch gegen bei Demonstrationen eingesetzte Polizistinnen und Polizisten als Repräsentanten des „repressiven Staates“ festgestellt werden.

Antifaschismuskampf, Klimabewegung und „Heißer Herbst“ - Schwerpunkte linksextremistischer Aktionsfelder

Ein Schwerpunkt im Basisthemenfeld Antifaschismus war neben Aktionen gegen die Querdenken-Bewegung die Bekämpfung der AfD, insbesondere während der Wahlkampfzeit zur Landtagswahl im Mai des Berichtsjahres im Rahmen der Kampagne „AfD in die Schranken weisen“. Als reaktiv-anlassbezogen agierende Szene orientierte sich die Anzahl der Aktionen der linksextremistischen Szene an der Veranstaltungsintensität der AfD. Diese war zeitweise gering, bei Veranstaltungen der Partei reagierte die Szene jedoch mit Gegendemonstrationen und Störaktionen. Die verwirklichten Straftatbestände reichten von Beleidigung und Sachbeschädigung bis hin zu Körperverletzung. Die Straftaten wurden im Verborgenen geplant und ausgeführt bzw. fanden spontan im direkten Zusammenhang mit Veranstaltungen der Partei statt. Den verpassten Wiedereinzug der AfD in den Landtag wertete die linksextremistische Szene auch als ihren Erfolg im Rahmen ihrer mit dem bürgerlichen Spektrum durchgeführten Kampagne.

Darüber hinaus waren Linksextremistinnen und Linksextremisten erneut im Themenbereich Klimabewegung aktiv. Hier trat insbesondere die TurboKlimaKampfGruppe (TKKG) erneut als linksextremistischer Akteur in Erscheinung. Im Berichtsjahr war nicht feststellbar, dass die linksextremistische Szene trotz der Anschlussfähigkeit des Themas Klimaveränderung ins zivilgesellschaftliche Spektrum ihre politischen Ziele platzieren und somit die Auseinandersetzung mit der Klimafrage maßgeblich beeinflussen konnte.

Des Weiteren betätigte sich die linksextremistische Szene im Aktionsfeld Antikapitalismus. Verursacht durch die Coronapandemie und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine kam es als Folge von Lieferengpässen und der einsetzenden Energiekrise zu starken Preissteigerungen. Die einsetzende hohe Inflation betraf die gesamte Bevölkerung - Teile von ihr sogar existenziell. Hier sah die linksextremistische Szene ihre Chance, durch entsprechende sozialpolitische Forderungen Anschluss an das zivilgesellschaftliche Spektrum zu erlangen. Unter dem auch von Linksextremistinnen und Linksextremisten besetzten Motto „Heißer Herbst“ mobilisierten sie zu Versammlungen gegen Preissteigerungen und die Krisenpolitik der Regierung mit dem eigentlichen Ziel, ihre gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Positionen zu verbreiten. Zwischen den linksextremistischen Spektren bestanden jedoch große Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Waffenlieferungen an die Ukraine, der Aufstockung des Verteidigungsetats und der Positionierung für bzw. gegen den russischen Präsidenten Putin. Differenzen bestehen auch weiterhin in Bezug auf die Ursachen und die Behebung der Energiekrise und der Inflation. Linksextremistinnen und Linksextremisten nahmen daher zwar an Veranstaltungen teil, vertraten dabei aber keine herausgearbeiteten Positionen ihres jeweiligen Spektrums. Aus diesem Grund und weil die Bundesregierung recht schnell Hilfsmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger beschloss, nahm der „Heiße Herbst“ keine Fahrt auf, so dass die linksextremistische Szene ihre ursprünglichen, wenn auch vagen Planungen zur Beeinflussung der Bevölkerung, nicht umsetzen konnte.

Kein Erfolg bei der Vernetzung ins zivilgesellschaftliche Spektrum

Der linksextremistischen Szene ist es erneut nicht gelungen, angestrebte Vernetzungen ins zivilgesellschaftliche Spektrum auszubauen. Ziel dieser Vernetzung ist es, demokratisches Engagement für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu instrumentalisieren. Dazu verfolgen sie nach wie vor die Strategie der Anschlussfähigkeit, indem sie sich aktueller und gesellschaftlich akzeptierter Themen annehmen. Ihr primäres Ziel ist es, Menschen für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu gewinnen und Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung zu nehmen. Im Berichtsjahr gingen Linksextremistinnen und Linksextremisten wie üblich Bündnisse mit dem bürgerlichen Spektrum ein. Sie nutzten den breiten gesellschaftlichen Konsens zu Themen wie Klimawandel oder Rechtsextremismus, um sich im vermeintlich gemeinsamen Kampf verbünden zu können. Dabei lassen sie bewusst ihre Ziele und Positionen im Verborgenen, die sich auf eine Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richten. Trotz der für Linksextremistinnen und Linksextremisten günstigen Ausgangsvoraussetzungen schafften sie es nicht, Personen des bürgerlichen Spektrums für eine dauerhafte Mitarbeit in linksextremistischen Zusammenhängen zu gewinnen oder zumindest intensivere Bündnisse einzugehen, die sie dauerhaft beeinflussen können. Für Sicherheitsbehörden bleibt es weiterhin die große Herausforderung, Personen und Gruppierungen den verschiedenen Spektren zuzuordnen, um demokratisch legitimes Engagement von linksextremistischer Betätigung abzugrenzen.

Gewaltpotenzial unverändert hoch, keine steigende Militanz ersichtlich

Die Gewaltbereitschaft in der schleswig-holsteinischen linksextremistischen Szene ist unverändert hoch, eine zunehmende Radikalisierung ist jedoch nicht ersichtlich. Die Bereitschaft insbesondere des undogmatischen gewaltorientierten Personenpotenzials zur Gewaltausübung kam im Berichtsjahr im Zusammenhang mit Protesten gegen die Querdenkerbewegung und die AfD, aber auch gegen Polizistinnen und Polizisten in Form von Körperverletzungen zur Umsetzung. Insbesondere die autonome Szene ist weiterhin durch eine hohe Neigung zu Gewalt und Aggression gekennzeichnet, die jederzeit spontan, aber auch geplant ausgeführt werden kann. Es ist nicht ersichtlich, dass sich in der gewaltorientierten linksextremistischen Szene in Schleswig-Holstein in naher Zukunft die Strukturen einschließlich des Personenpotenzials und des Aktionsverhaltens ändern werden.

Extremismus mit Auslandsbezug

Die Coronapandemie schränkte die Aktivitäten der Beobachtungsobjekte im Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug nur noch unwesentlich ein; diese kehrten im Verlauf des Berichtsjahres zu ihrem üblichen Veranstaltungsturnus zurück. So hielt die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) ihre traditionellen Großveranstaltungen ebenso wieder ab wie zahlreiche lokale Kundgebungen, Protestmärsche und Feiern. Young Struggle (YS), die Jugendorganisation der Marxistischen Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP), veranstaltete in der Nähe von Kiel im August ein Sommercamp mit Teilnehmenden aus mehreren europäischen Ländern.

Sowohl dieses Sommercamp von YS als auch Aktivitäten der PKK weisen auf eine zunehmende Vernetzung mit deutschen Linksextremistinnen und Linksextremisten und so genannten „Internationalisten“ hin. Gerade die PKK verknüpft aktuelle Themen von Klimaschutz, Ökologie, Antimilitarismus, Minderheiten- und Frauenrechten bis hin zu globaler Gerechtigkeit mit ihren originären kurdenpolitischen Zielen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine fand hingegen wenig Widerhall bei den extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug: Die PKK vermied eine einseitige Parteinahme und kritisierte vornehmlich, dass der Ukraine Konflikt international mehr Aufmerksamkeit erhielt als der Kurdenkonflikt. Die Anhängerschaft der türkisch-rechtsextremistischen „Ülkücü-Bewegung“ begrüßte die eher neutrale Rolle, welche die Türkei innerhalb des Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine einnimmt, und kritisierte vereinzelt, dass der Eindruck entstehe, man würde ukrainische Geflüchtete in Deutschland wesentlich besser aufnehmen als andere Migrantinnen und Migranten.

In der Gesamtschau dominierten für die extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug im Berichtsjahr erneut Themen mit Bezug zur Situation in ihren Herkunftsländern, für die PKK insbesondere türkische Militäroffensiven in den kurdischen Siedlungsgebieten in Syrien und im Irak sowie die fortdauernde Haft ihrer Identifikationsfigur Abdullah ÖCALAN in der Türkei. Der Wahlkampf für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei im Juni 2023 deutete sich gegen Ende des Berichtsjahres bereits als konflikträchtiges Thema an, weil die türkischstämmigen Wahlberechtigten auch in Deutschland von den jeweiligen politischen Lagern umworben werden und weil die Beobachtungsobjekte mit Türkei bezug konkurrierenden Wählerlagern angehören.

Am 23. Dezember starben bei einem Schusswaffenattentat in Paris 3 kurdische Menschen; eines der Opfer gehörte der PKK an. Die PKK bezweifelte die Erklärungen der französischen Ermittlungsbehörden, dass der Tatverdächtige als rassistisch motivierter Einzeltäter gehandelt habe, sie vermutete stattdessen einen Einfluss türkischer Nachrichtendienste. An den Trauerkundgebungen beteiligte sich auch die PKK-Anhängerschaft aus Schleswig-Holstein, z. T. mit eigenen Versammlungen.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Reichsbürgerinnen und Reichsbürger sehen sich als „Bürger des Deutschen Reichs“. Nach ihrem Selbstverständnis schließt das die Zugehörigkeit zum deutschen Staat, der Bundesrepublik Deutschland, aus. Sie leugnen die Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und gehen davon aus, dass das Grundgesetz und die bestehende Rechtsordnung keinen Bestand haben.

Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter berufen sich unter anderem auf ein selbst definiertes Naturrecht oder beziehen ihre Rechtsauffassung aus Gesetzestexten vergangener Jahrhunderte sowie von aus dem Zusammenhang gerissenen Auszügen aus der Bibel. Sie erklären ihre „selbst verwalteten Gebiete“ für exterritorial, also nicht zu Deutschland gehörend und somit nicht den Gesetzen des Landes unterworfen.

Die Reichsbürger- und Selbstverwalterzene eint die Gemeinsamkeit, dass sie die Bundesrepublik Deutschland und ihre Rechtsordnung ablehnt beziehungsweise deren Existenz bestreitet.

Das Personenpotenzial der Reichsbürger- und Selbstverwalterzene ist im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Drittel auf 640 Personen (2021: 480) angewachsen. Den größten Zuwachs von rund 46 Prozent gab es beim unstrukturierten Personenpoten-

zial. Dieser Anstieg ging hauptsächlich auf Personen mit einer Affinität zu Verschwörungstheorien zurück, die über das Protestgeschehen im Zusammenhang mit der Coronapandemie, dem Konflikt in der Ukraine, der Energiekrise und der steigenden Inflation Anschluss an die Szene bekommen haben, die genau diese Themen in ihrer öffentlichen Agitation gezielt in den Vordergrund schob.

Der massive Zulauf in dieser Szene hing teilweise mit diffusen Zukunftsängsten zusammen. Auslöser dieser Ängste waren nahezu zeitgleich eingetretene und parallel ablaufende Ereignisse, die als tiefgreifende existenzielle Krisen wahrgenommen wurden, die in ihrem Ausmaß, ihrer Eindringlichkeit, in der Konzentration und Massivität in dieser Dimension so schon seit Jahrzehnten nicht mehr aufgetreten sind: Klimawandel, Pandemie, Krieg in Europa, Energie- und Wirtschaftskrise.

In der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene waren im Berichtsjahr Siedlungsbestrebungen populär. Darüber hinaus traten in Schleswig-Holstein strukturierte Reichsbürgergruppierungen kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Sie beschränkten sich in der Regel auf das Versenden ihrer im Reichsbürger-Duktus verfassten Schreiben an Behörden.

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

Akteurinnen und Akteure im Bereich der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates traten erstmalig im Zusammenhang mit den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 auf. Mit dem Ende der meisten Coronaschutzmaßnahmen im Berichtsjahr weiteten Delegitimiererinnen und Delegitimierer ihre Themenfelder aus. Sie benutzten dabei aber weiterhin Ideologieversatzstücke aus dem Bereich der Verschwörungstheorien und der Reichsbürgerszene. Das wiederum zog andere Extremistinnen und Extremisten unterschiedlichster Couleur an.

Die Ideologieelemente der verschiedenen Akteurinnen und Akteure ergänzten und überschneiden sich teilweise, so dass eine Abgrenzung untereinander kaum möglich war. Alle einte das Ziel, das Vertrauen in die verfassungsmäßige Ordnung und demokratische Entscheidungsprozesse zu erschüttern und letztlich den Umsturz des bestehenden politischen Systems herbeizuführen.

Zum Jahresbeginn fanden landesweit noch bis zu 135 Veranstaltungen wöchentlich mit bis zu über 1000 Teilnehmenden statt. Der vollmundig angekündigte „Heiße Herbst“ blieb jedoch aus. Auch der von der Delegitimiererszene im Jahresverlauf vollzogene Schwenk auf die Themen Inflation, Energiekrise und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie Zusammenschlüsse mit anderen Extremistinnen und Extremisten brachten keine zusätzliche Mobilisierung.

Dieses extremistische Konglomerat aus Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten, Reichsbürgerinnen und Reichsbürgern und verfassungsschutzrelevanten Delegitimiererinnen und Delegitimierern kann Radikalisierungsprozessen weiter Vorschub leisten. Die Szene nutzte zur Kommunikation und Vernetzung den Messengerdienst Telegram, der sich erneut als Beschleuniger zur Verbreitung von Verschwörungstheorien erwies.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)¹

Gesamtüberblick der Entwicklung der PMK 2022

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	Veränderung 2022 zu 2021	Veränderungen in %
PMK	1168	1198	956	1330	1220	-110	-8,27%
PMK Gewalt	47	66	77	84	102	+18	+21,43%
Gesamt	1215	1264	1033	1414	1322	-92	-6,51%

Kurzdarstellung der wesentlichen Zahlen und Entwicklungen:

- **Rückgang der Gesamtfallzahlen PMK**
Rückgang um 92 Taten (-6,51%) im Vergleich zum Vorjahr
- **Entwicklung der Gewaltdelikte**
 - Zunahme um 18 Taten auf 102 (+21,43%)
 - Anteil der Gewaltdelikte bei 7,72 % (2021: 5,94%)
 - 46 Gewaltdelikte im Bereich der PMK -rechts- (2021: 41, +12,20%)
Anteil der Gewaltdelikte bei 6,58 % (2021: 6,15%)
 - 21 Gewaltdelikte im Bereich der PMK -links- (2021: 30, - 30,00%)
Anteil der Gewaltdelikte bei 14,58 % (2021: 11,86%)
- **Aufklärungsquoten**
 - Aufklärungsquote PMK -gesamt-: 47,66%
Aufklärungsquote PMK -gesamt- Gewaltdelikte: 81,37%
 - Aufklärungsquote PMK -rechts- gesamt: 54,08%
Aufklärungsquote PMK -rechts- Gewaltdelikte: 91,30%
 - Aufklärungsquote PMK -links- gesamt: 33,33%
Aufklärungsquote PMK -links- Gewaltdelikte: 76,19%
- **Leichte Zunahme PMK -rechts-**
 - Zunahme um 32 Taten auf 699 (+4,80%)
 - Regionale Schwerpunkte: Lübeck (101), Kiel (96), Pinneberg (82) und Ostholstein (67)
- **Deutlicher Rückgang PMK -links-**
 - Rückgang um 109 Taten auf 144 (-43,08%)

¹ Verfasser: Landeskriminalamt Schleswig-Holstein, Abteilung 3.

- Regionale Schwerpunkte: Lübeck (39), Flensburg (30) und Pinneberg (14)
- **Erhebliche Zunahme PMK -ausländische Ideologie-**
 - Zunahme um 85 Taten auf 92 (+1214,29%)
 - Der überdurchschnittlich starke Anstieg von Straftaten erklärt sich mit den hohen Fallzahlen (70) im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine
 - Regionale Schwerpunkte: Pinneberg und Stormarn (jeweils 13)
- **Zunahme PMK -religiöse Ideologie-**
 - Zunahme um 3 Taten auf 19 (+18,75%)
 - Alle Taten sind dem Themenfeld „Islamismus“ zuzuordnen
 - Regionale Schwerpunkte: Flensburg (7) und Kiel (6)
- **Rückgang PMK -nicht zuzuordnen-**
 - Rückgang um 103 Taten auf 368 (-21,87%)
 - Zunahme der Gewaltdelikte um 13 Taten auf 24 (+118,18%)
 - Regionale Schwerpunkte: Kiel (71), Lübeck (54) und Segeberg (35)
- **leichte Zunahme bei Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger**
 - Zunahme um 2 Taten auf 95 (+2,15%)
Die Aufklärungsquote beträgt 66,32% (2021:53,76%)
 - Deliktischer Schwerpunkt: Beleidigungsdelikte (47)
- **Rückgang bei antisemitischen Straftaten**
 - Rückgang um 20 Taten auf 53 (-27,40%)
 - Die Aufklärungsquote steigt auf 66,04% (2021: 58,90%)
 - Deliktischer Schwerpunkt: Volksverhetzung (37 Taten)